

Schlusswort im 20. Deutschen Bundestag



„Schützen wir das, was wir lieben! Schützen wir die Demokratie!“ sagte Kevin Kühnert am Ende seiner vierminütigen Rede, die zugleich das Schlusswort des 20. Deutschen Bundestages war. Die Verantwortung vor unserer Geschichte sei seit der letzten Sitzungswoche vor der Bundestagswahl ein großes Thema in unserer Republik geworden.

Seine Rede im Wortlaut und auf [YouTube](#):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich danke meiner Fraktion, dass sie mir die Möglichkeit gibt, heute noch einmal zu sprechen. Die Zeit ist knapp bemessen; deswegen muss ich mich beeilen. Ich bitte um Verständnis; denn mir liegt jedes einzelne Wort sehr am Herzen.

Ich stehe nicht im aktuellen Wahlkampf, und deswegen rede ich hier zu etwas, was mir seit 20 Jahren als deutscher Sozialdemokrat das Grundsätzlichste ist: die Verantwortung vor unserer Geschichte. Das ist insbesondere seit zwei Wochen, seit dem, was in der letzten Sitzungswoche hier passiert ist, ein großes Thema in unserer Republik, besprochen von unterschiedlichen Seiten. Ich will zuerst sagen, an welcher Stelle ich unglücklich mit dieser Diskussion bin. Nein, Union und FDP sind keine Faschisten, auch nicht klammheimlich. Man stürmt keine Geschäftsstellen, man zerstört keine Plakate, man droht anderen Menschen nicht.

Der richtige Konflikt darf nicht mit den falschen Argumenten ausgetragen werden. Aber ausgetragen werden muss er sehr wohl. Deswegen lohnt es sich, auf eine andere Stelle der Debatte und die Stilverschiebung zu schauen, die mir aufstößt und die mir große Sorgen macht. Über die möchte ich heute sprechen.

Ich möchte über das sprechen, was Michel Friedman Ihnen und uns allen ins Stammbuch geschrieben hat. Das wohl prominenteste Gesicht der jüdischen Community in Deutschland attestiert Ihrer Partei, der CDU, eine – Zitat – „katastrophale Zäsur“, ein „unentschuldbares Machtspiel“ und schlussfolgert, dass er hier, wenn der AfD zu immer mehr Macht verholfen wird, nicht mehr leben könne. Ein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sagt das und tritt aus der CDU aus. Es gab Zeiten, da wäre anschließend in der CDU kein Stein auf dem anderen geblieben. Heute wird der Störenfried angestrengt ignoriert.

Herr Merz wurde am Sonntag im TV-Duell von Frau Illner auf all das angesprochen, und es passierte etwas, was viel über die CDU unter Ihnen, über Ihren Wertekanon und vielleicht auch über den politischen Anstand verrät. Der Vorsitznachfolger von Adenauer und Kohl ignorierte die Frage, ob Friedmans Austritt ihn nicht schmerze. Er wendete sie stattdessen zum Vorwurf: Ihn schmerze – Zitat –, „dass wir ... Demonstrationen haben, die über dieses Thema „Kampf gegen rechts“ geführt werden, aber kaum jemand in unserem Land noch an die Opfer denkt, an die Familien denkt und dafür ... mal auf die Straße geht“. Zitat Ende. Als ginge nicht beides gleichzeitig, als wäre nicht beides richtig, als würde Michel Friedman nicht für beides eintreten.

Illner insistierte. Sie fragte noch mal nach Friedmans CDU-Austritt. Doch Merz ignorierte den Kritiker einfach und erklärte, es habe in derselben Zeit Hunderte von neuen Eintritten in die CDU gegeben, die Umfragewerte würden steigen. Es ist wichtig, zu verstehen, welches Muster hier erkennbar wird: Die Opportunität sticht die Integrität.

Aus dem Ausland ist mir dieses Muster vertraut, aus Deutschland bislang weniger. Die staatstragenden Parteien hatten in unserem Land und in Verantwortung vor unserer Geschichte immer eine doppelte Aufgabe, die sie charakterisierte und unterschied: Ja, sie sollen und müssen das Ohr am Volk haben und dürfen auch dann nicht weghören, wenn das Volk anders denkt und spricht, als das in den Versammlungen der Parteien geschieht; das sage ich auch meiner eigenen Partei. Gleichzeitig hatten sie immer die Aufgabe, gemeinsam einen bundesrepublikanischen Grundkonsens zu verteidigen – aus gemeinsamer Überzeugung –, manchmal auch gegen die Mehrheitsmeinung argumentierend.

Ich denke an unsere besondere Verantwortung für jüdisches Leben und den Staat Israel, die Westbindung, die Wiederbewaffnung und vieles andere mehr. Es sind Eckpfeiler Deutschlands. Doch für keine dieser Überzeugungen bekamen die Spitzen von Staat und Regierung unmittelbar breite Zustimmung. Es war ein Akt innerer Überzeugung. Adenauer, Brandt, Schmidt, Weizsäcker und Kohl haben sich für einige für sie unumstößliche Überzeugungen als „Büttel der Alliierten“, „rote Brüder“ oder anderweitig beschimpfen lassen. Dabei hatten sie das Ohr am Volk. Aber weil sie das Volk ernst nahmen, redeten sie ihm nicht nach dem Mund, sondern muteten ihm etwas zu. Sie rangen für ihre Überzeugung, und die Geschichte gab ihnen recht.

Viele von Ihnen haben vermutlich weiterhin die innere Überzeugung, Rechtsradikale solle man rechts liegen lassen. Das glaube ich Ihnen. Aber Sie geben das Ringen zunehmend auf, und das kritisiere ich.

Jeder Bundeskanzler muss wissen, was im Volk gesprochen wird, und es muss ihn beschäftigen.

Ein Bundeskanzler aber, dessen Mund bloß wiedergibt, was sein Ohr zuvor gehört hat, der ist nicht mehr als eine Echokammer auf zwei Beinen. Und Echokammern haben wir schon genug in unserer Gesellschaft.

Schützen wir das, was wir lieben: Schützen wir unsere Demokratie! Ich tue das in Zukunft von außen. Bitte tun Sie es von hier drin.

Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erheben sich)*

Präsidentin Bärbel Bas:

„Herr Kühnert, lieber Kevin, du hast dich entschieden, nicht mehr für den Deutschen Bundestag zu kandidieren. Ich möchte auch dir ganz, ganz herzlich danken für die geleistete Arbeit hier im Hause und auch dir persönlich alles Gute wünschen. Denn du hast ja unter anderem aus gesundheitlichen Gründen dein Amt niedergelegt, und wirst auch deshalb für den nächsten Deutschen Bundestag nicht mehr kandidieren. Ich wünsche dir wirklich alles, alles Gute auf deinem Weg, auch auf dem Weg, wieder gesund zu werden. Vielleicht sieht man sich ja hier im Hause auch noch mal wieder. Wer weiß? Alles Gute für dich und deine Zukunft!“

 **§ 218 hat höchste Reformpriorität**



Auch in Köln wurde bis zum Schluss für die Abschaffung des §218 gekämpft: Gemeinsam mit ProFamila und anderen Frauenorganisationen demonstrierten die SPD Frauen Köln und Mitglieder des Kölner Arbeitskreises Säkularität& Humanismus für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Kurz vor den zwei letzten Sitzungstagen des Bundestages forderten die rund 70 Frauen vor dem Kölner Dom endlich über den vorliegenden interfraktionellen Gruppenantrag abzustimmen: „Wir lassen uns und unsere Rechte nicht länger auf die lange Bank schieben. Abstimmung JETZT!“

„Die öffentliche Anhörung zur Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen hat klar gezeigt, dass wir dringenden Handlungsbedarf haben“ betonte Carmen Wegge, MdB und Sprecherin des Bundes-AKSH nach der öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses. „Der von 328 Abgeordneten unterzeichnete Gruppenantrag zeigt eine ausgewogene, moderate und konsensfähige Lösung auf. Die Versorgungslage ist dramatisch und es ist an der Zeit, Frauen und Ärzt*innen zu entkriminalisieren. Eine überwiegende Mehrheit in diesem Land sieht das so. FDP und Union verhinderten trotzdem eine Abstimmung im Bundestag. Sie handeln mit ihrer Blockade gegen die Interessen von Frauen in diesem Land und nehmen die dramatische Versorgungslage weiter in Kauf.“

Es wäre sogar noch nach der Wahl möglich zu einer Abstimmung über die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs in dieser Legislaturperiode zu kommen. Diese Abstimmung wollen wir als Gruppe aber nur mit einer klaren demokratischen Mehrheit erwirken. Ohne positive Signale von Union und FDP würden wir eine Zufallsmehrheit mit Stimmen der AfD riskieren. Diese rote Linie überschreiten wir nicht. Dass Union und FDP nicht gewillt sind, übliche parlamentarische Vorgänge zu ermöglichen, ist der parlamentarischen Praxis unseres hohen Hauses nicht würdig und ein fatales Signal für unsere Demokratie.“

Der von 328 Abgeordneten in der zu Ende gehenden Wahlperiode eingebrachte Antrag, war nicht mehr zur Abstimmung gestellt worden. Obwohl eine Mehrheit in

2. und 3. Lesung gesichert zu sein schien, wurde eine abschließende Beratung im Plenum durch die trickreiche Terminierung der Expertenanhörung im Rechtsausschuss auf den vorletzten Sitzungstag der verkürzten Wahlperiode verhindert.

Während in der Anhörung Gegner der Reform den Gesetzentwurf als rechtspolitisch verfehlt und verfassungswidrig abqualifizierten und eine Verschlechterung der Versorgungslage in den letzten Jahren verneinten, sprachen sich die Befürworterinnen für eine Neuregelung außerhalb des Strafrechts aus und sahen auch die Notwendigkeit einer Verbesserung der medizinischen Versorgung. Mit dem Entwurf könne der Schwangerschaftsabbruch auf Verlangen der Frau „verfassungskonform und im Einklang mit dem Grundgesetz und internationalen Menschenrechten entkriminalisiert werden“.

Aus den Bundesländern

Baden-Württemberg



Staatsförderung und Säkularisierung?

Wie lassen sich Staatsförderung und säkular-humanistische Ansinnen vereinbaren? Über die Frage diskutierten Mitglieder des AKSH Baden-Württemberg, der gbs Stuttgart und des Humanistischen Verbandes Deutschland in einer gemeinsamen Veranstaltung in Stuttgart.

Anhand der Geschichte des Humanistischen Verbandes Deutschlands referierte Dr. Bruno Osuch, Mitglied des AKSH-Bundesvorstands und Bundesbeauftragter des HVD für politische Kommunikation, über die Gründung des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung im Jahr 1905 in Berlin, aus dem der Deutschen Freidenker-Verband hervorgegangen war. Ursprüngliches Motiv war, konfessionsfreien Arbeiter*innen eine preiswerte Alternative zur traditionellen Beerdigung anzubieten. Die Kirchen lehnten hingegen die Feuerbestattung strikt ab.

Mittlerweile unterhalte der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg über 70 Einrichtungen des praktischen Humanismus und beschäftige dafür etwa 1.400 Hauptamtliche. Allein am Humanistischen Lebenskundeunterricht nehmen hier über 72.000 Grundschüler*innen teil. Mit der „humanistischen Wende“ vom antiklerikalen Freidenker-Verband zu einem Verband, der den Menschen praktische humanistische Alternativen bietet, habe der Humanistische Verband Deutschlands seit seiner Gründung 1993 und nach dem Vorbild etwa der niederländischen und norwegischen Verbände einen sehr erfolgreichen Kurs eingeschlagen, betonte Osuch.

Bericht auf diesseits.de

Termine:

Mittwoch, 19. Februar 2025, 18 Uhr

Werte, die verbinden

Haus des Humanismus, Potsdamer Str. 157, 10783 Berlin, humanistisch.de

Demokratie und Humanismus: Werte, die verbinden – Perspektiven zur Bundestagswahl 2025

Mittwoch, 19. Februar 2025, 18.30 Uhr, Jazz-Schmiede | Himmelgeister Str. 107g | 40225 Düsseldorf



Vortrag und Diskussion mit Marcus Bensmann von CORRECTIV

Veranstaltung wird live übertragen: <https://youtu.be/k2PS6HjWUrE>

Montag, 10. März 2025, 20 Uhr

Digitales AKSH-Treffen: Wie geht es weiter nach der Wahl?

Zur nächsten Runde unserer Gespräche mit den aktiven und interessierten Genoss*innen aller regionalen Arbeits- und Gesprächsgruppen treffen wir uns verabredungsgemäß nach der Bundestagswahl wieder online.

Ohne besondere Tagesordnung wollen wir uns mit dem Ergebnis der Wahl und den anstehenden Sondierungsgesprächen der Parteien und Fraktionen befassen. Dabei geht es aber auch um die Frage, wie wir unsere Themenschwerpunkte von Säkularität und Humanismus in die weitere Arbeit unserer Partei und Fraktion in Bund, Ländern und Kommunen einbringen können.

Der Link zu unseren digitalen AKSH-Treffen steht unter <https://aksh.spd.de/termine>

Buchtipp

Der islamistische Anschlag auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* sollte nicht nur die Redaktion auslöschen, sondern zielte auf die Kunstform der Satire an sich. Zum 10. Jahrestag des Attentats zeigt dieser Band, dass Satire so einfach nicht getötet werden kann, und setzt damit ein Zeichen für die Freiheit.

Mit religionskritischen Zeichnungen u.a. von Ralf König, Dorthe Landschulz, Nadia Menze, Til Mette, Martin Perscheid, Oliver Ottitsch und Jacques Tilly sowie einem Essay von Michael Schmidt-Salomon über die Geschichte des „Gotteslästerungsparagrafen“ 166 StGB und seine fatalen Wirkungen bis heute.

Autor*innen: Karla Kaktus/Peter Piranha (Hrsg.)

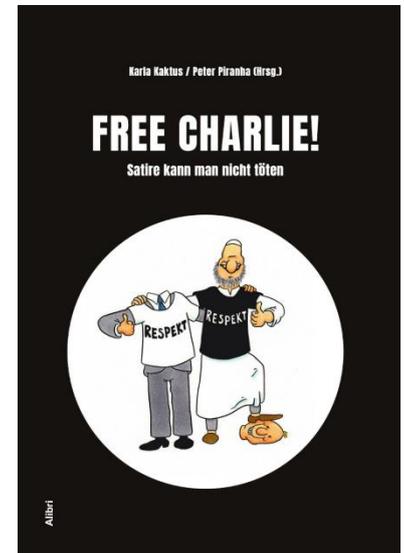
Titel: Free Charlie!

Untertitel: Satire kann man nicht töten Verlag: Alibri, 2025

ISBN978-3-86569-426-3

Ausstattung 132 Seiten, kartoniert

Preis: 15,00 €



Videotipp

Der Film zum 10. Jahrestag des Anschlags auf „Charlie Hebdo“

Moderation: Jessica Hamed

Drehbuch, Off-Sprecher: Michael Schmidt-Salomon

Kamera & Schnitt: Ricarda Hinz

Music: Julian Held

Produktion in Kooperation mit vr3-Virtual Studio Düsseldorf

Aufnahmeleitung: Dirk Konopatzki [Link](#)



Filmtipp

Der Tod, das unausweichliche Ende des Lebens, ist in einer modernen Welt, in der er zunehmend aus dem alltäglichen Bewusstsein verschwunden ist, zu einem Thema der Unterhaltungskultur geworden. In Krimis, Horrorfilmen und Actionthrillern suchen wir den Nervenkitzel, die kontrollierte Angst. Doch wie gehen wir mit unserem eigenen Tod um, der uns irgendwann einholt? [Trailer](#)

